



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Mittwoch, 23.01.2008
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	16:57 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Heinisch, Dirk

Ordentliche Mitglieder

Bötel, Bernhard

Försterling, Björn

Hantelmann, Peter

Hensel, Falk

Jahn, Ernst-Henning

Müller, Jan-Christian

Rautmann, Dirk

Sandte, Michael

Vertreter für KAbg. Bosse

Vertreter für KAbg. Kaatz

Von der Verwaltung

Schäffer, Heike

Frank, Ulrich

Vogt, Kornelia

Thiele, Stefan

Dezernentin I

Pressesprecherin

Protokollführer

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Koch, Manfred

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
 3. Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung am 14.11.2007
 4. Anfragen
 - 4.1. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)
 - 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)
 5. Wirtschaftsplan der Tourismus und Warnetalbahn GmbH für das Jahr 2008
Vorlage: XVI-272/2008
 6. Projekt "Eine interkommunale E-Government-Architektur für die kreisangehörigen Gemeinden und den Landkreis Wolfenbüttel"
Vorlage: XVI-296/2008
 7. Beschluss über die Jahresrechnung 2004 des Landkreises Wolfenbüttel und über den Jahresabschluss 2004 des Nettoregiebetriebes Gebäudewirtschaft sowie Entlastung für das Haushaltsjahr 2004
Vorlage: XVI-295/2008
 8. Über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 27.10.2007 bis zum 28.12.2007
hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO
Vorlage: XVI-289/2008
 9. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Stellvertretender Vorsitzender Heinisch eröffnet um 16:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Einwohner.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Stellvertretender Vorsitzender Heinisch stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung am 14.11.2007

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten bei vier Enthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten am 14.11.2007 wird bei vier Enthaltungen genehmigt.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

Anfragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

Anfragen von Kreistagsmitgliedern werden nicht gestellt.

TOP 5 Wirtschaftsplan der Tourismus und Warnetalbahn GmbH für das Jahr 2008 Vorlage: XVI-272/2008

Stellvertretender Vorsitzender Heinisch verweist als Ergänzung zur Drucksache auf den vorliegenden Vermerk vom 23.01.2008, der als Tischvorlage ausgelegt sei (*Anlage 1*). Einleitend stellt der Sprecher fest, dass die Tourismus- und Warnetalbahn GmbH (WTB) wie in den Vorjahren Verluste mache.

Kreisverwaltungsoberrätin Schäffer berichtet zunächst aus der Gesellschafterversammlung der WTB am 21.01.2008. Hier hätten einige der Gesellschafter ihr weiterhin vorliegendes Interesse am Fortbestand der Gesellschaft bekundet. Darüber hinaus strebe die WTB Kooperationen mit vergleichbaren Gesellschaften im Umfeld an. Die kurzfristigen Änderungen im Wirtschaftsplan 2008 der Gesellschaft ergäben sich aus dem Umstand, dass die künftige Geschäftsführung der Gesellschaft durch eine ehrenamtlich tätige Person übernommen werden solle, was Personalaufwand verringere. Ziel der Gesellschafter sei es weiterhin, die Gesellschaft am Leben zu erhalten. Ein für das Eisenbahnwesen zuständiger Vertreter des Wirtschaftsministeriums habe der Gesellschafterversammlung die Folgen einer Auflösung der Gesellschaft verdeutlicht. Dies wäre mit nicht unerheblichen Kosten und schwierigen Verwaltungsverfahren verbunden. Dies würde durch unterschiedliche Interessen der einzelnen Gesellschafter zusätzlich erschwert.

Stellvertretender Vorsitzender Heinisch erinnert daran, dass es sich bei der Gesellschaft um eine GmbH handle und somit die Haftung beschränkt sei.

KAbg. Bötzel macht darauf aufmerksam, dass die Gesellschafter unmittelbar vor der Frage stünden, ob sie weiterhin Geld in die Gesellschaft nachschießen oder die Gesellschaft in die Insolvenz gehen lassen sollten. Es stelle sich die Frage, wie man einen Betrieb in Zukunft bewerkstelligen könne, ohne weitere Mittel des Landkreises beanspruchen zu müssen.

Kreisverwaltungsoberrätin Schäffer erwidert, dass die Gesellschaft auch im Falle einer Insolvenz oder Auflösung einen Wirtschaftsplan für 2008 benötige, da ein Insolvenz- oder Auflösungsverfahren einige Zeit beanspruche. Konkret sei bisher noch nicht benannt bzw. beziffert, welche Möglichkeiten zur Erhaltung der WTB bestünden. Die Gefahr erheblicher Kosten bestehe allerdings nur im Rahmen

des eingelegten Gesellschaftsanteils, macht KAbg. Försterling deutlich. Darüber hinaus sei die Rückbauverpflichtung der WTB ziemlich unklar, so der Sprecher weiter. Vor diesem Hintergrund wolle er wissen, welche Anstrengungen seitens der Gesellschaft unternommen würden, um aus dieser Misere heraus zu kommen, bevor er über den Wirtschaftsplan 2008 entscheiden könne.

Kreisverwaltungsoberrätin Schäffer erwidert, dass eine Beschränkung der Haftung tatsächlich gegeben sei. Es gebe allerdings Nutzungsverträge zwischen den Anliegern der Bahntrasse und der WTB über Brückenbauwerke und Ähnliches, aus denen Verpflichtungen zu Unterhaltungsmaßnahmen resultieren könnten. Der Umfang der Verträge sei derzeit jedoch nicht vollständig bekannt.

KAbg. Jahn streicht heraus, dass augenblicklich der Fahrbetrieb nicht gewährleistet sei, weil eine Brücke nicht befahrbar sei und 20.000 € zur Reparatur der Lokomotive aufgewendet werden müssten. Hier stelle sich die Frage, wie unter diesen Umständen der Fahrbetrieb aufrecht erhalten werden könne. Zudem habe der Vertreter des Wirtschaftsministeriums wohl keinerlei Zuwendungen in Aussicht stellen können. Zusammenfassend müsse man sich zwischen einem Ende mit Schrecken oder einem Schrecken ohne Ende entscheiden. Kreisverwaltungsoberrätin Schäffer erwidert, dass in der Vergangenheit Kooperationen mit umliegenden Vereinen und Gesellschaften den Fahrbetrieb sicherstellen konnten.

Auf den Vorschlag des KAbg. Hensel und des stellvertretenden Vorsitzenden Heinisch, die Beratung des Tagesordnungspunktes zu vertagen, streicht KAbg. Försterling heraus, dass dazu weitere Informationen erforderlich seien. So erwarte er Aussagen und Vorschläge darüber,

- a. welche Maßnahmen zu einer Verbesserung der gegenwärtigen Situation beitragen könnten,
- b. wie die Gesellschaft im schlimmsten Fall abgewickelt werden könnte und welche Kosten bzw. rechtlichen Verpflichtungen den Landkreis Wolfenbüttel als Gesellschafter treffen würden sowie
- c. welcher der anderen Gesellschafter an einem Erwerb des Landkreisanteils interessiert sei.

Kreisverwaltungsoberrätin Schäffer weist darauf hin, dass es vornehmlich die „kleineren“ Gesellschafter wären, die an der Aufrechterhaltung des Betriebs interessiert seien. Bei der Stadt Salzgitter wiederum werde derzeit über einen Verkauf der Anteile diskutiert.

Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden Heinisch fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten einstimmig folgenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage XVI-272/2008 wird zur erneuten Beratung bis zur 8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten zurückgestellt.

TOP 6 Projekt "Eine interkommunale E-Government-Architektur für die kreisangehörigen Gemeinden und den Landkreis Wolfenbüttel" Vorlage: XVI-296/2008

Stellvertretender Vorsitzender Heinisch weist einleitend auf die mehrmalige Befassung des Kreistages mit dieser Thematik hin und stellt heraus, dass man sich darüber einig sei, die kreisangehörigen Gemeinden, Samtgemeinden und die Einheitsgemeinde auf diesem Weg zu unterstützen. Fraglich sei allerdings die Bedeutung des letzten Satzes der Begründung (*siehe Anlage 1 der Sitzungsvorlage, Seite 1, letzter Absatz, letzter Satz*) und bittet um Erläuterung. KAbg. Müller erklärt, dass eine weitere Verwertung der Rechte möglich sei, wenn das entwickelte Produkt auch in

anderen Teilen Niedersachsens nachgefragt würde. Hier stelle sich allerdings schnell die Frage, wer der tatsächliche Rechteinhaber von z. B. Lizenzgebühren sei.

Kreisverwaltungsoberrätin Schäffer unterstützt die Auffassung des KAbg. Müller und verweist auf die Förderung des Landes, die einen großen Teil der Kosten abdecken würden. Aus den Förderrichtlinien des Landes ergebe sich die Notwendigkeit dieser Formulierung; einen tatsächlichen Lizenzertrag sehe sie bei den Gemeinden und beim Landkreis allerdings nicht.

KAbg. Müller verweist auf Erfahrungen der Stadt München, die einigen Aufwand in einer ähnlichen Situation für die lokale Anpassung einer EDV-Lösung betreiben musste. Solche angepassten Lösungen dann an andere Interessenten zu veräußern, sei nicht einfach. Fraglich sei in diesem Zusammenhang die Quelle der Entwicklungskosten.

KAbg. Rautmann gibt die Nachhaltigkeit einer solchen Entwicklung zu bedenken. Die Fragen nach zukünftigem Pflegeaufwand, technischer Unterstützung und der notwendigen Browsertechnologie sowie der vertraglichen Lösung dieser Punkte seien noch nicht beantwortet. Kreisverwaltungsoberrätin Schäffer führt aus, dass sie die Gewährleistung der vorangegangenen Punkte durch die Fachhochschule BS/WF erwarte, jedoch nicht abschließend beantworten könne, ob dies gegeben sei. Die Federführung für dieses Projekt liege bei Herrn Dr. Pautsch, Samtgemeinde Sickinge.

KAbg. Müller erwartet sich seitens der Fachhochschule BS/WF eine klare Aussage zur Zukunftsfähigkeit der Technik. Schließlich würde hier keine Standardsoftware entwickelt, und man bewege sich in einem Markt beständiger technischer Fortentwicklung. In Konkurrenz zu dem angestrebten Projekt gebe es bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt Unternehmen, die etwas teure Lösungen anbieten, dafür aber auch Leistungsfähigkeiten garantieren könnten.

KAbg. Jahn gibt zu bedenken, dass mit der Umsetzung des Projektes ca. 75 % der Förderung bereits verbraucht seien. Es sei daher unklar, wie eine anschließende Finanzierung von weiteren Modulen gewährleistet würde. Darüber hinaus dürfe man die rasante technische Entwicklung nicht vergessen. KAbg. Försterling gibt darüber hinaus zu bedenken, dass durch die angestrebte Plattform Abhängigkeiten zur Fachhochschule entstehen könnten, die zum Teil langfristige Bindungen bedingen würden.

KAbg. Hensel sieht die Gefahr, dass man sich zurzeit zwar günstig in dieses Projekt einkaufen könne, aber keinerlei Überblick über die Folgekosten besitze.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten fasst sodann bei einer Enthaltung nachstehenden

Beschluss:

1. Die Vorlage XVI-296/2008 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend einen Beschluss zu fassen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die noch offenen Fragen, wie sie sich aus dem Wortprotokoll ergeben, zu klären und den Fraktionen die Informationen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

**TOP 7 Beschluss über die Jahresrechnung 2004 des Landkreises
Wolfenbüttel und über den Jahresabschluss 2004 des
Nettoregiebetriebes Gebäudewirtschaft sowie Entlastung für das
Haushaltsjahr 2004
Vorlage: XVI-295/2008**

Nach einer kurzen Einführung durch den stellvertretenden Vorsitzenden Heinisch möchte KAbg. Jahn wissen, wann mit der Wiederherstellung der Rechtmäßigkeit der Beschlüsse über die Jahresrechnungen zu rechnen sei. An den Ausführungen der Sitzungsvorlage und ihrer Anlagen sei nichts zu monieren. Allerdings sei der gegenwärtige Zustand nicht länger hinnehmbar. Kreisamtsrat Frank erläutert, dass ausweislich des Budgetplans 2008 die Jahresrechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2005 zum 15.02.2008 und für das Haushaltsjahr 2006 zum 15.08.2008 vorgelegt werden sollen. Die Prüfberichte der Nettoregiebetriebe Gebäudewirtschaft und Tiefbau, die Bestandteil der Jahresrechnung des Landkreises seien, wären bereits fertig gestellt und den Ausschüssen zur Kenntnis gegeben worden. Die entgültige Beschlussfassung könne aber nur im Gesamtwerk vollzogen werden.

KAbg. Försterling fragt, ob man die Belegablage in der Kreiskasse digitalisieren könne, um damit sowohl in zeitlicher als auch in sachlicher Ordnung sortieren zu können. Kreisverwaltungsoberärztin Schäffer führt aus, dass dies generell vorstellbar sei, allerdings noch einiger Vorarbeiten und Zeit bedürfe.

Es ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten empfiehlt bei einer Enthaltung dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Gemäß § 65 NLO in Verbindung mit § 101 NGO wird die Jahresrechnung 2004 des Landkreises Wolfenbüttel beschlossen und dem Landrat für das Haushaltsjahr 2004 Entlastung erteilt.
2. Gemäß § 1 EinrVO-Kom in Verbindung mit § 101 NGO wird der Jahresabschluss 2004 des Nettoregiebetriebes Gebäudewirtschaft beschlossen und dem Landrat für das Haushaltsjahr 2004 Entlastung erteilt.

TOP 8 Über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 27.10.2007 bis zum 28.12.2007 hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO Vorlage: XVI-289/2008

KAbg. Jahn möchte wissen, ob vergessen worden sei, einen Zuschuss für die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben im Haushalt zu veranschlagen und ob über die Mittelverwendung Rechenschaft abgelegt worden sei. Hierzu führt Kreisverwaltungsoberärztin Schäffer aus, dass es für den Umgang mit Zuschüssen und Zuweisungen eine Hausverfügung gebe und sie daher von einer Prüfung der Verwendung ausgehen könne. Tatsächlich könne die Sprecherin auch bestätigen, dass es versäumt worden sei, einen Ansatz im Haushalt 2007 auszubringen.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Von den vom 27.10.2007 bis zum 28.12.2007 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

wird Kenntnis genommen.

TOP 9 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Kreisverwaltungsoberärztin Schäffer weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit der Antrag auf Bezuschussung des Projektes „Untersuchungen zur Seniorenmobilität“ in Höhe von 5.000 € behandelt und einstimmig empfohlen worden sei. Hier sei gegenwärtig die Deckung nicht gewährleistet; eine Veranschlagung im Haushalt 2008 sei bekanntermaßen nicht erfolgt.

Mit einem Dank an alle Beteiligten schließt stellvertretender Vorsitzender Heinisch um 16:57 Uhr die Sitzung.

Anlagen:

Vermerk zur Sitzungsvorlage XVI-272/2008 (TOP 5 der Tagesordnung)

Vorsitzender

Protokollführer/in